



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

15. Dezember 2023
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotskistisch)

Bei uns sparen und spalten – um die Reichsten zu mästen

Strom, Heizung und Tanken wird noch teurer. Das ist das Haupt-Ergebnis nach vier Wochen Haushalts-Streit der Regierung. Und das, wo jetzt schon Millionen Menschen kaum wissen, wie sie das Geld hierfür auftreiben sollen.

Hinzu kommen weitere Angriffe auf die arbeitende Bevölkerung: die Privatisierung der Bahn-Tochter Schenker, eine Steuer auf Plastik, 1,5 Milliarden Einsparungen bei der Arbeitslosenunterstützung, Kürzungen beim Wohngeld,...

Und warum das alles? Weil die Regierung den Konzernen fast 60 Milliarden Euro Subventionen versprochen hat, darunter allein 10 Milliarden für den Intel Konzern. Und nun muss sie irgendwo das Geld hierfür auftreiben.

Den Großkonzernen die Milliarden Euro NICHT zu schenken, kommt für keine Partei in Frage. Diese Geschenke sind „unantastbar“ – ebenso wie die dutzenden Milliarden für die Aufrüstung der Bundeswehr und die 8 Milliarden für Waffenlieferungen an die Ukraine.

Dabei mangelt es wahrlich nicht an Geld. Das reichste 1 Prozent der Bevölkerung in Deutschland – die Besitzer der größeren Unternehmen – verfügen über 3.600 Milliarden Euro, mehr als 90% der Bevölkerung zusammen. Doch ausgerechnet auf ihren Konten landet ein Großteil der Milliardensubventionen an die Konzerne! Und die einfache Bevölkerung soll dafür bezahlen.

Die jetzigen Spar-Pläne sind dabei nur der Anfang. Denn die Regierung hat erst die 17 Milliarden Euro aufgetrieben, die den Konzernen nächstes Jahr geschenkt werden. Der Rest kommt erst noch.

Und den Kapitalisten reicht das noch nicht! Unterstützt von CDU, FDP und

AfD fordern sie noch mehr Geld für sich – und beschwerten sich, dass ohnehin viel zu viel für „Soziales“ ausgegeben würde und man gefälligst da mehr sparen solle: angefangen bei der Kindergrundsicherung, bei der Rente... und vor allem beim Bürgergeld. Gegen das hetzen sie in einer Tour, angeblich im Namen der „Gerechtigkeit“. Ach ja?

Die Unternehmer selber haben doch über Jahre die Bedingungen verschlechtert. Sie haben dafür gesorgt, dass Millionen Menschen täglich auf der Arbeit ausgelaugt werden, teils mit unmöglichen Arbeitszeiten, mit langen und teuren Arbeitswegen – und dafür auch noch Niedriglöhne erhalten, mit denen sie fast genauso arm sind, als wenn sie nur Bürgergeld hätten. Das ist eine Schande.

All diesen Arbeitenden Gerechtigkeit zu verschaffen, würde damit anfangen, die Löhne zu erhöhen und die Arbeitsbedingungen zu verbessern! Genau davon aber wollen sie mit ihrer Hetze gegen die Bürgergeld-Empfänger ablenken.

Es ist wie mit der Hetze gegen Flüchtlinge. In beiden Fällen zeigen sie mit dem Finger auf einen der schwächsten Teile der Arbeiterklasse, der ganz unten auf der Stufenleiter steht. Damit wir uns über sie aufregen, statt uns gemeinsam gegen die Unternehmer zu wenden, die uns die Probleme einbrocken.

Das ist nicht alles. Dieselben Unternehmerverbände und Parteien, die das Bürgergeld kürzen wollen, wettern nämlich nicht zufällig auch gegen jede Erhöhung des Mindestlohns und überhaupt gegen jede Lohnerhöhung. Sie wollen uns am liebsten noch schlechter bezahlen.

Deshalb fordern sie, dass das Bürgergeld gesenkt und komplett gestrichen wird, wenn man eine Arbeit nicht annimmt. Denn dann wären wir gezwungen, jede noch so schlecht bezahlte Arbeit, zu widerlichsten Bedingungen anzunehmen.

Wie sehr es am Ende die Löhne und Arbeitsbedingungen von Allen verschlechtert, wenn man jede Arbeit annehmen muss, das können wir in Ländern sehen, wo es fast gar keine Arbeitslosenhilfe gibt: wie in den USA.

Wenn wir uns also von ihrer Propaganda über die angeblich faulen Bürgergeldempfänger mitreißen lassen, dann helfen wir den Kapitalisten, uns alle noch mehr erpressen und ausbeuten zu können.

Je höher hingegen das Bürgergeld ist, desto mehr kann es uns helfen, um für uns alle höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.

Dieser Kampf ist der einzige, mit dem wir uns Gerechtigkeit verschaffen können.

So fern und doch ganz nah

Während immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie ihre Stromrechnung bezahlen sollen, hat der RWE-Konzern in nur neun Monaten 3,8 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Das ist doppelt so viel wie letztes Jahr.

Doch die bürgerlichen Parteien – allen voran CDU und AfD – hört man kaum über diese parasitäre Bereicherung auf Kosten der Bevölkerung reden. Sie lenken im Gegenteil davon ab und machen mal den Ukraine-Krieg, mal den Atom-Ausstieg oder „zu viel Bürokratie“ für die Preise verantwortlich. Alles Dinge, die weit weg sind.

Dabei befinden sich die Haupt-Verursacher der hohen Strompreise direkt vor unserer Nase. Mitten in Essen: in den Konzernzentralen von RWE und E.ON.

Nur die arbeitende Bevölkerung kann die Barbarei des Krieges beenden!

Ob in Russland und der Ukraine...

In der Ukraine versuchen Millionen Familien, den eisigen Winter in zerbombten Häusern, teilweise ohne Strom und Heizung und in immer größerer Armut zu überstehen. Gleichzeitig sind ukrainische und russische Soldaten seit fast zwei Jahren in der Hölle der Schützengräben gefangen, ohne dass auch nur absehbar wäre, wann das endlich ein Ende nimmt.

Sie sind gefangen in einem Krieg, der für alle immer sinn- und aussichtsloser wird. Für alle... außer für die Rüstungskonzerne. Und außer für die Herrschenden in Russland und der NATO, die ihre eigenen strategischen Interessen verfolgen, sowie für Selskyj und die reichen Kriegsgewinnler in der Ukraine selber.

Nach Russland gehen daher mittlerweile auch in der Ukraine immer

häufiger Menschen gegen ihre eigene Regierung und ihre Kriegsführung auf die Straße. In Russland wie in der Ukraine versammeln sich immer wieder Frauen und Mütter von Soldaten. Sie fordern, dass ihre Männer und Söhne nach Hause kommen.

Gleichzeitig gibt es in Russland wie in der Ukraine zunehmend Streiks für höhere Löhne oder schlicht die Auszahlung der Löhne. Denn viele Unternehmer auf beiden Seiten nutzen den Krieg als Gelegenheit, um die Löhne zu drücken – oder zahlen sie gar nicht.



Frauen in der Ukraine fordern die Rückkehr ihrer Männer von der Front

Die Herrschenden können ihre Kriege nur führen, indem sie der einfachen Bevölkerung einreden, all dies geschehe zu ihrem Schutz, zu ihrer Verteidigung. Doch je länger sie dauern, desto offensichtlicher wird es, dass es im Krieg – wie im Frieden – einzig um die Interessen der Reichen und Mächtigen geht, deren Verteidigung die arbeitende Bevölkerung mit ihrem Leben bezahlt.

Und wenn sich Viele in den Betrieben und an der Front dieses Betrugs bewusst werden, dann können sie diese

Barbarei beenden: Indem sie ihre Gewehre nicht mehr auf Soldaten oder Zivilisten richten, die genauso Arbeiter oder Bauern sind wie sie – sondern sie umkehren, um ihre eigene Regierung und die gesamte herrschende Klasse zu stürzen. Nach der Devise: Arbeitende aller Länder, vereinigen wir uns – gegen unsere Herrschenden!

... oder im Gazastreifen

Die Barbarei in Gaza wird immer schlimmer. Ganze Städte werden von der israelischen Armee dem Erdboden gleich gemacht. Fast die gesamte Bevölkerung Gazas ist auf der Flucht. Doch es gibt keinen Ort, wo sie den Bomben entkommen können. Im Schnitt stirbt alle zehn Minuten ein weiteres Kind: durch Bomben, durch fehlende Medikamente, durch Hunger und Durst. Doch der Terror der israelischen Armee geht ohne Pause weiter.

Und insbesondere die USA, aber auch Deutschland, liefern der israelischen Regierung fleißig weiter Waffen und Munition. Denn Israel ist ihr treuester Verbündeter im Nahen Osten, aus dem 40% des Erdöls weltweit stammt und wo sich eine der wichtigsten Handelsrouten befindet, der Suez-Kanal.

Während die Zahl der Toten steigt und steigt, findet im Hintergrund ein Geschacher darum statt, welcher Machtapparat die Palästinenser nach dem Krieg unter-

drücken soll. Alle, die daran beteiligt sind – von den USA und Israel über Saudi-Arabien und Ägypten bis zu Katar, dem Iran und der Hamas – haben für die palästinensische Bevölkerung nichts als Verachtung übrig. Für sie alle ist Gaza nur eine Gelegenheit, ihren Einfluss im Nahen Osten auszubauen.



Die palästinensische Bevölkerung kann sich auf keinen von ihnen verlassen. Ihre einzigen echten Verbündeten sind die Leidtragenden der imperialistischen Unterdrückung und Kriegsspirale in der gesamten Region. Ihre Verbündeten

sind die Ausgebeuteten im Libanon, Ägypten und Jordanien, die ebenfalls unter imperialistischen Machenschaften und der Unterdrückung durch ihre eigenen Regime leiden. Und letztlich wird auch die israelische Bevölkerung niemals in Frieden und Sicherheit leben können, solange ihre Armee Terror und Mord an einem ganzen Volk verübt.

Der einzig mögliche Ausweg aus der heutigen blutigen Sackgasse ist, wenn sich die Arbeitenden, die Ausgebeuteten der ganzen Region über Landes- und Religionsgrenzen hinweg gegen die Herrschenden zusammenschließen: gegen die kapitalistischen Großmächte und gegen die Unterdrücker im eigenen Land.

Nur ein Sturz des kapitalistischen Weltsystems, nur eine grundlegend andere Gesellschaftsordnung kann den Völkern im Nahen Osten und weltweit ein friedliches und gleichberechtigtes Leben ermöglichen.

Werksschließungen, Entlassungen:

Der „Industriestrompreis“ sichert keine Arbeitsplätze

Es gibt weltweit eine Wirtschaftsflaute. Auch in Deutschland wird weniger produziert und verkauft. Doch die Aktienkurse an der Börse brechen alle Rekorde: Der DAX ist so hoch wie noch nie in seiner Geschichte.

Denn die Aktionäre rechnen trotz Wirtschaftsflaute mit guten Gewinnen.

Sie haben mit Freuden zur Kenntnis genommen, dass diverse Konzerne in den letzten Wochen massiven Stellenabbau und andere Sparmaßnahmen bei den Beschäftigten angekündigt haben, ob bei Miele, Bosch, VW, BASF, Continental oder Evonik.

Mehrere Konzerne – wie ZF, Michelin oder Siemens Energy – haben sogar die Schließung ganzer Werke angekündigt. Wie viele Zehntausende werden in den nächsten Monaten ihre Arbeit verlieren?

Die Kapitalisten behaupten, sie hätten „keine Wahl“: Zurückgehende Nachfrage und steigende Produktionskosten würden sie zu radikalen Sparmaßnahmen „zwingen“. Doch das Freudenfeuer der Aktionäre an der Börse zeigt, dass sie sehr wohl eine Wahl haben – und

sie auch getroffen haben. Sie sparen bei den Arbeitenden – so radikal wie nötig – um die Aktionäre trotz Wirtschaftsflaute weiter mit hohen Gewinnen und Dividenden zu beglücken.



Und dabei bekommen sie obendrein die Schützenhilfe der Gewerkschaftsführungen! Denn auch die verbreiten – genau wie die Konzernchefs – die Propaganda, dass die „Produktion in Deutschland zu teuer“ wäre und die Unternehmen daher Geld bräuchten.

Seit Monaten organisieren IG Metall und IG BCE Proteste mit der Forderung, dass die Unternehmen noch mehr (!) Subventionen vom Staat bekommen sollen. Erst am 24. November haben sie

wieder eine Kundgebung mit 10.000 Arbeiter*innen in Duisburg organisiert, um einen „Industriestrompreis“ zu fordern – sprich, dass der Staat einen noch größeren Teil der Stromkosten der Konzerne bezahlt.

Die Gewerkschaftsführungen behaupten, nur so könnten die Arbeitsplätze in der Industrie gerettet werden. Als hätten staatliche Hilfen jemals Arbeitsplätze gesichert – Lufthansa und Karstadt lassen grüßen! In Wahrheit kassieren die Konzerne sowohl die staatlichen Milliarden UND sparen radikal bei den Arbeitenden – um so die Gewinne und Dividenden sicher durch die Krise zu bringen.

Die Gewerkschaftsführungen lenken damit von den wahren Ursachen für die Sparpläne, Entlassungen und Werkschließungen ab – und helfen den Kapitalisten so, diese durchzusetzen. Wenn die Arbeitenden sich gegen die Angriffe wehren wollen, müssen sie GEGEN die Vorstände und Unternehmer kämpfen: um durchzusetzen, dass die Gewinne und aufgehäuften Vermögen der Kapitalisten für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze und die Aufteilung der Arbeit unter Allen genutzt werden.

Tausende Arbeiter und eine ganze Region vergiftet: für die Profite von BMW

BMW lässt 20% des Kobalts, das es für seine E-Autos braucht, in einem Bergwerk in Marokko abbauen. Wie jetzt bekannt wurde, hat dieses Bergwerk die gesamte Gegend, die Anwohner und die Bergleute mit Arsen vergiftet. Zum Teil ist die Arsenkonzentration in der Umgebung 1.800-fach (!) höher als der erlaubte Grenzwert.

Seit Jahren haben in Marokko Bergleute und Gewerkschafter darauf aufmerksam gemacht. Doch sie wurden entlassen – ebenso wie die Bergleute, die von der Arbeit krank geworden sind.

So sieht es aus, wenn man in einem ärmeren Land zur Herstellung der BMW-Autos, dem „Stolz der deutschen Autoindustrie“, beitragen „darf“. In diesen Ländern zeigt BMW, einer der größten und reichsten deutschen Konzerne, sein wahres Gesicht.

Deutsches Schulsystem: Kaufe Mathe-Kenntnisse für 400 Euro im Monat

Laut der internationalen PISA-Studie können 15jährige Schüler*innen in Deutschland seit 2018 immer schlechter lesen und rechnen. Leider kein Wunder! Knapp 10.000 öffentliche Schulen sind in den letzten 20 Jahren geschlossen worden. Und obwohl massenhaft Lehrkräfte fehlen, wird die Zahl der Studienplätze nicht erhöht. Die Folge: Immer größere Klassen, immer mehr Unterrichtsausfall...

Diese Situation, die von der Politik bewusst herbeigeführt wurde, trifft vor allem die Kinder der Arbeiterfamilien: die Kinder, die am meisten Förderung bräuchten und wo die Eltern nicht die Aufgaben der Schule übernehmen können.

Finanziell bessergestellte Familien versuchen das Problem vermehrt dadurch zu umgehen, dass sie ihr Kind auf eine Privatschule schicken. 1.260 Privatschulen sind in den letzten 20 Jahren eröffnet worden – ein Anstieg um 50%. Bei den Universitäten hat sich die Zahl der privaten Hochschulen sogar verdoppelt. Mittlerweile ist jede vierte Uni privat und verlangt 4.000-12.000 Euro Gebühr.

Schulbildung als weiterer Markt für Kapitalisten – während die Arbeiterklasse sich mit den kaputtgesparten Resten begnügen soll? Ein weiterer Beweis, dass der Kapitalismus auf dem absteigenden Ast ist – und keine Zukunft bieten kann.

Die Rechtsradikalen in Europa werden stärker: eine Bedrohung für uns alle

In Dublin (Irland) haben am 23. November hunderte junge Leute, aufgehetzt von Rechtsradikalen, ein Stadtviertel verwüstet, in dem viele Migranten leben. Mit den Schlachtrufen „Irland ist voll“ und „Schmeißt sie raus“ zogen sie durch das Viertel, zündeten Autos und Busse an und attackierten Bewohner.

Zuvor hatte ein geistig gestörter Mann – irischer Staatsbürger und seit Jahrzehnten dort lebend – in seinem Wahn drei Kinder und eine Angestellte mit einem Messer angegriffen. Doch weil er algerischer Herkunft ist, verbreiteten Rechtsradikale in den sozialen Netzwerken die Botschaft, ein Ausländer habe irische Kinder angegriffen, und zettelten so diesen willkürlichen Racheakt gegen alle Migranten und letztlich alle Bewohner des Stadtteils an.

Nur einen Tag später kam es in Südfrankreich zu einem ähnlichen Vorfall. Ein Streit zwischen Jugendlichen bei einem Dorffest eskalierte, ein Junge wurde getötet. Doch eine Gruppe Neonazis machte daraus einen „Mord von Migranten an einem Franzosen“. Nachdem sie von Polizisten die Liste mit Namen und Adressen der Verdächtigen zugespielt bekommen hatten, reisten 80 - 100 Neonazis aus ganz Frankreich in das Arbeiterviertel, in dem die Verdächtigen wohnen. Mit Losungen wie „Der Islam raus aus Frankreich“ und „Man muss sich ihre Mütter und Großmütter vorknöpfen“ zog der Mob mit Eisenstangen und Baseballschlägern durch das Viertel, um wahllos Migranten zu jagen.

Noch tagelang trauten sich Familien mit arabischem Hintergrund nicht, ihre Kinder in die Schule zu schicken. Und die Bürgermeisterin der konservativen Partei (*Les Républicains*) goss noch Öl ins Feuer, indem auch sie Migranten und speziell die Arbeitenden dieses Viertels mit Verbrechen gleichsetzte.

All das erinnert stark an das, was hier vor einigen Jahren in Chemnitz passiert ist. Und es ist leider mehr als wahrscheinlich, dass dies keine Einzelfälle bleiben. Zwar gibt es seit Jahrzehnten kleine Gruppen rechtsradikaler Schläger, die Migranten und Andersdenkende zu terrorisieren versuchen, und bislang sind sie ziemliche Außenseiter. Doch in den letzten Jahren trauen sie sich überall offener und aggressiver aufzutreten:

Ermutigt durch die Wahlerfolge extrem rechter Parteien, die in immer mehr Ländern Europas sogar an der Regierung sind. Und ermutigt dadurch, dass mittlerweile quasi alle Parteien und Medien auf die ein oder andere Art die Hetze gegen Migranten und Muslime übernommen haben.



Von den Konservativen über die Grünen bis zu großen Teilen der parlamentarischen Linken: Alle stellen mittlerweile die Migranten als „Problem“ dar und machen sie zum Sündenbock für so ziemlich alle Probleme – von fehlenden Wohnungen, Jobs und Arztterminen bis zu den niedrigen Renten. Für alle Probleme also, für die in Wahrheit die reichen Kapitalisten und die herrschenden Politiker verantwortlich sind.

Nehmen wir doch nur bei uns die CDU! 16 Jahre war sie an der Regierung. Sie trägt also eine entscheidende Verantwortung dafür, wie das gesamte öffentliche und soziale Leben zugunsten einer kleinen Minderheit Reicher kaputtgespart wurde, wodurch unser Alltag mühseliger und härter geworden ist.

Und nun versuchen Teile der CDU (zusammen mit der AfD) davon abzulenken, indem sie mit immer absurderen Anschuldigungen und aggressiveren Forderungen gegen Migranten um sich werfen. Bis dahin, dass sie in ihrem neuen Grundsatzprogramm fordern, Flüchtlinge aus Deutschland in Lager zu deportieren, die sie in armen Ländern eröffnen wollen.

All das erzeugt ein Klima, in dem sich Neonazis stark genug fühlen, offen aufzutreten. Werfen sie sonst heimlich und unerkannt Brandsätze in Flüchtlingsheime oder schmeißen Scheiben von linken Parteien oder Gewerkschaften ein, so fühlen sie sich nun häufiger sicher genug, um am helllichten Tag Hetzjagten auf Migranten zu veranstalten und ganze Stadtviertel zu terrorisieren. Sie

setzen darauf, dass sie bei einem Teil der Bewohner (und auch bei Teilen der Polizei) zumindest passive Unterstützung finden.

Auch deshalb ist der von fast allen Parteien und Medien geschürte Hass auf Migranten und Muslime so lebensgefährlich für die gesamte Arbeiterklasse. Nicht nur, dass er keines unserer drängenden Probleme – Unsicherheit, Armut, Ausbeutung – löst. Er droht unsere Lage drastisch zu verschlimmern. Stellen wir uns doch nur vor, was passiert, wenn diese Neonazis mehr Anhänger gewinnen, die sich verleiten lassen, auf den erstbesten Sündenbock einzuschlagen.

Was wir dann bekommen – und wofür die herrschenden Parteien den Boden bereiten – ist Terror und Bürgerkrieg in den Arbeiterstadtteilen, in denen wir leben. Denn was die Rechtsradikalen wollen, ist einen Graben aus Hass und Gewalt zu schaffen zwischen unseren Kindern, die zusammen zur Schule gehen; zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern, die am nächsten Morgen in der gleichen Bahn fahren und teilweise im gleichen Betrieb arbeiten.

Wenn sich die Dinge so weiterentwickeln, werden wir uns vielleicht bald die Frage stellen müssen, wie wir uns in den Arbeitervierteln organisieren können, um solchen Terror abzuwehren und unsere Nachbarn zu schützen.

Erst einmal aber brauchen wir dringend Aktive in den Betrieben und Stadtteilen, die die Idee verbreiten, dass wir Arbeitenden nur dann etwas gegen all die Verschlechterungen auf der Arbeit und in unserem Alltag unternehmen können, wenn wir anfangen, gegen die Herrschenden in Wirtschaft und Politik zu kämpfen. Und dass dafür alle zusammenhalten müssen, die Opfer der Krise, der Kapitalisten und ihres Systems sind – egal wo sie geboren wurden oder welche Religion sie haben.

Nur solche gemeinsamen Streiks und Kämpfe, in denen Arbeitende verschiedener Herkunft Seite an Seite stehen und ihre gemeinsamen Interessen und ihre Stärke erleben, kann das Gefühl von Ohnmacht und Frust gegenüber der sozialen Abwärtsspirale vertreiben, das der Nährboden für das Erstarken der Rechtsextremen ist.

Bahn-Streiks: „Unmöglich“ sind die jetzigen Arbeitsbedingungen!

„Überzogen“, „unmöglich“... so tönt es von Bahn-Vorstand und Medien zu der Forderung der streikenden Lokführer und Zugbegleiter, die höhere Löhne und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 38 auf 35 Stunden für Schichtarbeiter fordern.

Unmöglich? Das sind die jetzigen Arbeitsbedingungen! Man hat Schichten, die zum Teil um 2 Uhr nachts enden oder um 4 Uhr morgens anfangen. Oft erfährt man erst einen Monat, teilweise eine Woche vorher, wann man arbeiten muss. Ständig muss man ungewollt Überstunden machen, weil der Zug Verspätung hat – nach einer Schicht voller Chaos, was mittlerweile Alltag bei der Bahn ist. All das im Schnitt für 3.100 Euro als Lokführer und für noch deutlich weniger als Zugbegleiter – und zwar brutto.

Die Kolleg*innen haben jedes Recht, mehr Lohn und kürzere Arbeitszeiten zu fordern!

* * * * *

Bahn-Manager: Wasser predigen und Wein saufen

Sich im gleichen Moment ihre 5 Millionen Euro Boni einzustecken, fanden die Bahn-Manager hingegen weder „überzogen“ noch „unmöglich“. Diese Kohle kassieren die Manager dafür, dass sie die Bahn seit Jahren kaputtsparen – mit den irrsinnigen Folgen, die wir alle kennen. Zur Abwechslung können sie nun mal Sinnvolles für ihr Geld tun... und Geld und Stellen für die Bahn-Arbeiter*innen organisieren.

dm: Gemeinsam ist man stärker

dm hat gleichzeitig zwei miteinander verheirateten Beschäftigten (Eltern von drei Kindern) gekündigt, die seit 17 Jahren in einem Lager in Baden-Württemberg arbeiten... unter dem Vorwand, dass sie „mehr als 6 Wochen im Jahr krank gewesen“ seien. Vor ihnen wurden allein in diesem Jahr bereits 16 Arbeitende wegen „zu vieler Krankentage“ gekündigt. Nach dem Motto: Erst so viel ausbeuten wie möglich – und dann rausschmeißen, wenn der Körper nicht mehr hundertprozentig mitmacht.

Oft waren die Betroffenen alleine, wodurch die Chefs leicht Druck auf sie ausüben konnten, der Kündigung zustimmen. Doch in letzter Zeit gab es viele Warnstreiks und Demonstrationen, weil sich die Konzerne im Einzelhandel seit Monaten stur weigern, die Löhne entsprechend der Inflation zu erhöhen. Bei diesen Warnstreiks sind sich viele Kolleg*innen begegnet und haben sich ausgetauscht.



*Protestzug der Arbeiter*innen zum Gericht*

Ein Ergebnis: Das Eltern-Paar hat seine Kündigung öffentlich gemacht und geklagt. 120 Kolleg*innen von dm sowie von Kaufland, H&M, IKEA und Primark haben sie an einem Warnstreiktag unterstützt. Während der Verhandlung protestierten sie vor dem Gericht, welches die Kündigung am Ende schließlich für unwirksam erklärte.

Tesla (Schweden): „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“

„Wenn die Menschen einer Gesellschaft streiken und nicht mehr mitmachen, kann eine Regierung und auch ein Unternehmen kaum mehr etwas erreichen.“ Das hat sogar der Wirtschaftsexperte der Tagesschau letzte Woche erkannt.

Es geht um die Tesla-Werkstätten in Schweden. 130 Mechaniker, die dort arbeiten, fordern einen (in Schweden üblichen) Tarifvertrag. Doch Tesla-Besitzer Elon Musk verweigert dies kategorisch. Seit Ende Oktober streiken

die Mechaniker daher. Es ist der erste Streik bei Tesla weltweit.

Elon Musk dachte wahrscheinlich, 130 Leute, die lass ich locker am ausgestreckten Arm verhungern. Doch sie haben Unterstützung anderer Gewerkschaftsorganisationen bekommen: Post- und Hafenarbeiter, Reinigungskräfte und Autolackierer in anderen Betrieben Schwedens verweigern aus Solidarität die Arbeit für Tesla. Postboten liefern Tesla zum Beispiel die Pakete mit den Nummernschilden nicht mehr. Inzwi-

schen weigern sich sogar dänische, norwegische und finnische Transportarbeiter, Tesla-Autos nach Schweden zu transportieren.

Gegen diesen ultrareichen High-Tech-Kapitalisten, der Gewerkschaften ablehnt und die Rechte der Arbeitenden in seinen Betrieben mit Füßen tritt, haben die Arbeitenden die guten alten – und noch immer zukunftsweisenden – Methoden der Arbeiterbewegung wieder aufgegriffen: Streik, Solidarität und Organisation.

Italien: Wie eine rechtsextreme Regierung die kleinen Leute vertritt

Die rechtsextreme Regierung in Italien (die der AfD in Deutschland ähnelt) hat im Parlament gerade die Einführung eines Mindestlohns verhindert. Außerdem hat sie das Bürgergeld abgeschafft. Wer seine Arbeit verliert, bekommt nach Ablauf der zwei Jahre Arbeitslosengeld keinen einzigen Cent mehr und ist daher nun gezwungen, jede Arbeit anzunehmen, selbst wenn der Lohn nicht mal für Miete und Essen reicht. Einen Mindestlohn gibt es ja nicht.

Die Kapitalisten haben sich natürlich sehr über diese Gesetze der rechtsextremen Regierung gefreut: Nun werden sie noch einfacher noch mehr Arbeitende zu Armutslöhnen ausbeuten können.

Hamburger Hafen: "Wild" sind die Vorstände

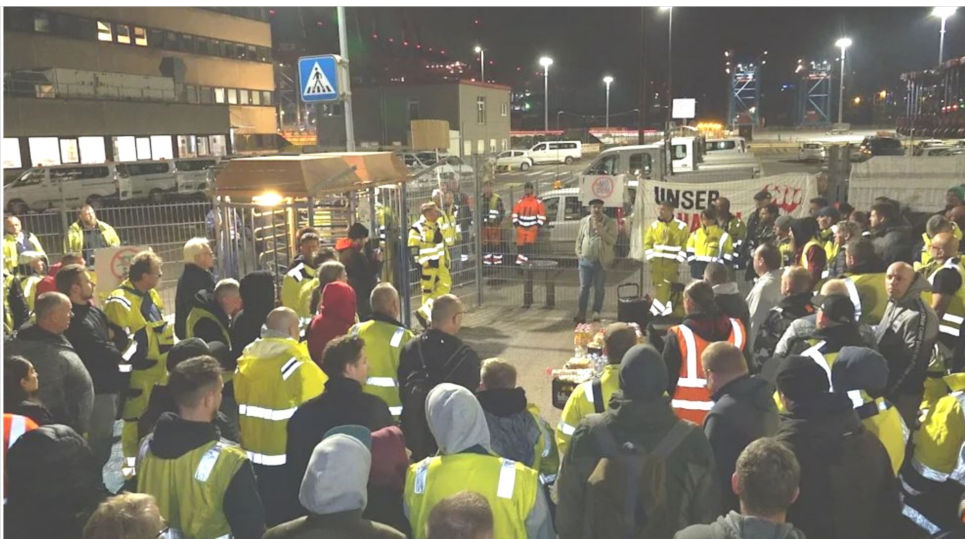
Am 6. November sind 150 Arbeiter*innen der Hamburger Hafen und Logistik AG (HHLA) spontan in den Streik getreten: aus Protest dagegen, dass der Vorstand beschlossen hat, 49,9% des bislang städtischen Unternehmens an den Reederei-Konzern MSC zu verkaufen.

Vier Schichten lang haben sie durchgehalten und weitergestreikt, obwohl es nach deutschem Streikrecht ein „wilder“ (also unerlaubter) Streik war, und die Chefetage ihnen allen mit „arbeitsrechtlichen Konsequenzen“ gedroht hat.

Allen ist klar, dass die Teil-Privatisierung Angriffe und Verschlechterungen für die Arbeiter*innen mit sich bringen wird. Doch während die Unternehmer die Arbeiten den jederzeit angreifen dürfen, ist es den Arbeitenden in Deutschland außerhalb von Tarifverhandlungen fast nie erlaubt, sich dagegen zu wehren.

Zu Recht haben sich die 150 Kolleg*innen daran nicht gehalten. Und auch der einzige Versuch, eine der Streikenden (die Vertrauensleute-Sprecherin) nach dem Streik zu kündigen, ist gescheitert.

Mit ihrem selbstständigen Streik und anhaltenden Protesten haben die Arbeitenden die Zukunft vorbereitet: Sie haben den alten und neuen Besitzern sehr deutlich gemacht, dass sie sich nicht alles gefallen lassen werden, was diese nach der Privatisierung mit ihnen vorhaben.



Rewe, Aldi und Co.: Ein Rezept zum Gelddrucken

Das kennen wir schon. Die Verpackung bleibt gleich, doch es ist weniger drin... ohne dass der Preis sinkt. Jetzt hat die Lebensmittelindustrie noch eine weitere Methode „entdeckt“, um ihre Profite zu erhöhen: Sie verschlechtert die Rezepturen... ohne dass der Preis sinkt. Die Firmen nennen das „Optimierung des Rezeptes“.

Granini verringert den Fruchtgehalt seiner Säfte. Nestlé ersetzt Sonnenblumenöl durch billigeres und ungesünderes Palmöl. Edeka ersetzt bei seinem Vanilleeis Schlagsahne durch billigeres Kokosfett. Die Tiefkühl-Kartoffelpuffer von Rewe haben nur noch 79% statt 91% Kartoffeln.

Der Spitzenreiter ist Aldi: Die Schokolade „Edel Marzipan Zartbitter“ wurde um 30 % teurer, der Inhalt von 184 auf 150 Gramm reduziert und der Anteil des teuren Marzipans sank von 45 auf 38 %.

Gleich drei Wege, um die Profite zu erhöhen! Nicht umsonst gehören Aldi, Rewe, Nestlé und Co. zu den reichsten Konzernen Deutschlands und der Welt.

Benko (Galeria): Privat ist seine Zahnbürste

Nachdem Signa-Besitzer Benko sich bei teuren Luxus-Bauprojekten verspekuliert hat, wollen die Banken ihm kein Geld mehr geben.

Nun ist der ganze Signa-Konzern pleite... und damit auch die Galeria-Filialen, deren Beschäftigte gerade erst die letzte Insolvenz überstanden haben.

Der Einzige, der bei der Pleite nichts zu befürchten hat, ist Multimillionär Benko selber: Das ganze Vermögen, dass er in den letzten Jahren aufgehäuft hat, indem er die Galeria-Filialen über die Mieten ausgesaugt, die Verkäufer*innen zu Lohnverzicht gezwungen, vom Staat Millionen „Hilfsgelder“ kassiert hat – all das darf er als sein „Privatvermögen“ behalten.

Dieses Vermögen wurde von den Beschäftigten geschaffen. Es muss heute dazu dienen, allen Betroffenen so lang wie möglich den Lohn weiterzuzahlen. Mindestens die Älteren kommen damit locker bis zur Rente.

Real: Kein Monopoly mit unserer Existenz!

Auch bei Real sollen bis Ende März weitere 3.500 Beschäftigte ihre Arbeit verlieren.

Vor drei Jahren hatte die Investmentgruppe SCP Real und seine 276 Filialen günstig gekauft, nur um den Betrieb sofort zu zerschlagen: Stückweise haben sie die Real-Märkte und die dazugehörigen Grundstücke an Kaufland, Edeka, Globus oder Rewe verkauft und pro Markt ein bis zwei Millionen Euro kassiert.

Und nun hat SCP dreist Insolvenz angemeldet, um die letzten 45 unverkäuflichen Märkte möglichst günstig zu schließen und die 3.500 Arbeiter*innen ohne einen Cent auf die Straße zu setzen... und sich mit dem Geld aus dem Staub zu machen.

Ob bei Galeria, Real oder sonstwo: Eine Handvoll Großaktionäre darf nicht das Recht haben, Monopoly mit unserer Existenz zu spielen. Die Firmen, ihre Konten und alle Entscheidungen gehören unter die Kontrolle derjenigen, die in den Firmen die Verantwortung und auch die Konsequenzen tragen müssen: die arbeitende Bevölkerung!

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0151-55570980

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren, für 14€ pro Jahr!